ANTRAG

Antragsteller:
SPD-Fraktion

Datum:
20.11.2018

Antrag: Entwicklung eines Konzepts zur Erinnerung an die Zentrale Stelle und zur weiteren Vermittlung ihrer Aufgaben
- Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom 19.11.2018

Bezug SEK:

Antragstext:

In den Haushalt 2019 wird eine Haushaltsstelle mit einer Ausgabenposition von 50.000 Euro und dem Titel „Entwicklung Konzept Zentrale Stelle“ aufgenommen. Sie kann in den Teilhaushalten 41, 48, oder bei den Stabsstellen des OB eingefügt werden.

Begründung:

Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen ist eine weltweit einzigartige Strafverfolgungsbehörde, mit der ein Staat jene Menschen, die in einer eigenen Diktatur Verbrechen begangen haben, individuell ermittelt und zur Verantwortung gezogen hat. Die Stadt Ludwigsburg ist weltweit mit dieser Stelle verbunden.

Die Zentrale Stelle wird ihre Arbeit voraussichtlich in den Jahren 2022 oder 2023 beenden. Es ist womöglich nicht sicher gestellt, dass die Universität Stuttgart ihre historische Außenstelle in Ludwigsburg belassen wird. Es kann daher sein, dass am Ende nur eine Außenstelle des Bundesarchivs mit der Verwaltung der Akten der Zentralen Stelle vorhanden sein wird.

Zur Erinnerung an die Zentrale Stelle reicht dies nicht aus. Nötig ist eine Institution, die historische Arbeit über die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Arbeit der Zentralen Stelle leistet und diese der Öffentlichkeit vermittelt, insbesondere durch dauernde pädagogische Angebote, dies vor allem für junge Menschen. Eine hervorragende Arbeit in diesem Bereich leistet heute schon der Förderverein, vor allem mit der Ausstellung im Schorndorfer Torhaus. Er muss in die weitere Planung eingebunden werden.

Daher sollte bereits jetzt die Stadt erste Konzepte für die Zeit nach der Schließung der Zentralen Stelle entwickeln. Hierzu ist jetzt schon eine enge Abstimmung mit den Justizministern der Länder und auch des Bundes sowie der Universität Stuttgart und dem Bundesarchiv notwendig. Dabei sollte sich eine Nachfolgeinstitution nicht allgemein mit dem Holocaust allgemein beschäftigen, diese Arbeit wird andernorts umfassend geleistet. Im Vordergrund sollten vielmehr die Zentrale Stelle selbst und ihre strafrechtliche Arbeit in den dann 65 Jahren ihres Bestehens stehen. In diesem Rahmen sollten auch erste Ideen für eine Umgestaltung des Platzes vor dem Gebäude der Zentrale Stelle entwickelt werden, vielleicht für eine Erinnerungsstätte an die Zentrale Stelle und die strafrechtliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Vorbild könnte der Platz der Grundrechte in Karlsruhe sein.

Mit dem beantragten geringfügigen Haushaltsansatz kann ein Sachverständiger mit der Entwicklung erster Ideen zu diesen Punkten betraut werden.

Deckungsvorschlag:

Kürzungen z.B. bei den Ansätzen für die BRT-Busse

Unterschriften:

Margit Liepins

Verteiler: DI, DII, DIII, GSGR, SO8, PR DI (f), FB 10-6 , FB 41, FB 61

Federführung:

Dezernat I

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Sitzungsart
Gemeinderat	04.12.2018	ÖFFENTLICH
Gemeinderat	05.12.2018	ÖFFENTLICH